

Carlos Slim, einer der reichsten Menschen der Welt, will mit seiner „America Movil“ dem Staat Österreich auch noch den letzten Rest Einfluss in Sachen Telekom abkaufen. Der ÖIAG-Aufsichtsrat hat dies schon mit den Kapitalvertretern der Industriellen abgesegnet. Die ÖVP fand das Angebot schon davor „interessant“. Die SPÖ schweigt, stimmt also zu. AK und Telekombetriebsräte wollen zwar rechtliche Schritte gegen den Beschluss des Syndikats durch den ÖIAG-Aufsichtsrat ergreifen. Aber ist es dann nicht schon zu spät?

Die Betriebsräte und Gewerkschaftsvertreter im ÖIAGAufsichtsrat haben dem Telekom-Ausverkauf nicht zugestimmt. Das ist richtig, aber absolut zu wenig. ÖGB, AK und Telekomgewerkschaft müssen Widerstand dagegen organisieren, um die Regierung – als Eigentümerversreter der ÖIAG-Telekom und damit als Eigentümerversreter der österreichischen Bevölkerung, die mehrheitlich für den Erhalt der Telekom in österreichischem Eigentum ist – zu zwingen, die Privatisierung zu unterbinden. Wie? Indem die Regierung den unter dubiosen Umständen zustande gekommenen Syndikatsvertrag mit Carlos Slim und damit den Ausverkauf für nichtig erklärt.

Es ist nicht klug auch noch die letzten Stücke aus dem Familiensilber zu verscherbeln! A1-Telekom ist verantwortlich für einen großen und wichtigen Teil unserer Infrastruktur. Internet- und Telefonleitungen, Notfalleinrichtungen und vieles mehr dürfen im Interesse der Beschäftigten und der Allgemeinheit nicht in die Hände privater Unternehmen und ihrem Profitstreben gelegt werden. Privatisierung – Nein Danke!

Deshalb:

Hände weg von der Telekom

Wir fordern:

- Die Republik Österreich muss größter und bestimmender Eigentümer der Telekom Austria bleiben, der Staatsanteil darf nicht verwässert werden.
- Die ÖIAG muss in die Lage versetzt werden, bei zukünftigen Kapitalerhöhungen mitzuziehen, um den aktuellen Staatsanteil zu halten bzw. im Anlassfall auch zu erhöhen.
- Dies muss auch gesetzlich im Verfassungsrang verankert werden.
- Die Infrastruktur der Telekom muss erhalten und weiter ausgebaut werden!
- Es dürfen keine Teile der Telekom Austria verlagert werden.
- Die Arbeitsplätze (Standort) sind in Österreich zu belassen und es sollen weitere Arbeitsplätze geschaffen werden.

Diese Petition richtet sich an die Regierung als öffentlicher Protest gegen den Ausverkauf eines wichtigen Teils der öffentlichen Versorgung mit Kommunikation.

U-Liste umseitig. Unterschriebene Listen schicken an „**Initiative – Hände weg von der Telekom**“, p.A. Österr. Solidaritätskomitee (ÖSK), Stiftgasse 8, 1070 Wien. Oder ausgefüllte Listen einscannen und per E-Mail schicken: oesolkom@gmx.at

Leere Listen herunterladen unter: <http://prosv.akis.at>

Impressum: ÖSK, Stiftgasse 8, 1070 Wien